

PRESSEMITTEILUNG

4. Dezember 2012



Vorsorge für die kommenden Generationen

Diözesanrat beschließt Haushalte für 2013 und 2014

Bad Waldsee / Rottenburg, 4. Dezember 2012. Ausgeglichenere Haushalte ohne Verschuldung hat der Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart am Wochenende im oberschwäbischen Kloster Reute für die Jahre 2013 und 2014 verabschiedet. Gleichzeitig stellte er die Jahresrechnung mit einem Überschuss von 17,6 Millionen Euro fest. Der Diözesanrat legte den Kirchensteuersatz für die nächsten zwei Jahre unverändert auf acht Prozent der Einkommen- und Lohnsteuer fest und bekannte sich ausdrücklich zum Kirchensteuersystem. In einer Pressekonferenz am Dienstag erläuterten die Verantwortlichen den Haushaltsbeschluss. Unter Annahme einer Kirchensteuerentwicklung von plus einem Prozent in 2013 und plus zwei Prozent in 2014 geht der Diözesanrat von einem Bruttokirchensteueraufkommen von gut 528 Millionen Euro im Jahr 2013 und 539 Millionen Euro im Jahr 2014 aus. In der Diözese verbleiben knapp 427 bzw. etwas über 437 Millionen Euro. Dem Diözesanhaushalt und den Kirchengemeinden kommen jeweils knapp 199 Millionen Euro in 2013 und gut 204 Millionen Euro in 2014 zu. Dies ermöglicht nach Aussage von Generalvikar Clemens Stroppel gewisse Gestaltungsfreiräume für neue Entwicklungen, Tarifierhöhungen in Anlehnung an den öffentlichen Dienst sowie notwendige Investitionen.

Die Kirchensteuermittel „mit Weitblick und mit Blick ins Evangelium zum Wohl der Menschen einzusetzen“, bezeichnete Veronika Rais-Wehrstein, Mitglied des Diözesanratpräsidiums, als „das überzeugendste Argument für die Kirchensteuer“. Dafür trügen im Diözesanrat 100 stimmberechtigte Ehrenamtliche gemeinsam mit dem Bischof und dem Generalvikar die Verantwortung. Dies sei eine „Spezialität der Diözese Rottenburg-Stuttgart“ und habe unter anderem zur Folge, dass die Haushaltssitzungen öffentlich seien. Rais-Wehrstein bezeichnete dies als beispielhaftes Modell auch für andere kirchliche Bereiche. Ehrenamtliche Kompetenz müsse genutzt, Entscheidungen von Haupt- und Ehrenamtlichen gemeinsam verantwortet werden.

Der ehrenamtlich besetzte Finanzausschuss stehe „eindeutig“ hinter der Kirchensteuer, erklärte der Vorsitzende des Finanzausschusses Werner Krahl vor dem Diözesanrat. „Das Kirchensteuersystem ermöglicht uns, im Sinne der Subsidiarität gesellschaftliche Aufgaben insbesondere im sozialen Bereich zu übernehmen, die sonst die öffentliche Hand abdecken müsste“, betonte Finanzausschuss-Mitglied Margret Kehle gegenüber Pressevertretern. Die Vorstellung, dass die Kirchensteuer die Kirchen reich mache, sei falsch. Gerecht sei das System, weil es nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kirchenmitglieder bemesse und wenn es nachhaltig verwaltet werde: „Wir wollen den kommenden Generationen nicht nur keine Schulden hinterlassen, sondern Gestaltungsfreiräume.“

Generalvikar Clemens Stroppel erläuterte, zum nachhaltigen Wirtschaften der Diözese gehöre eine doppelte Strategie, nämlich Rücklagen zu bilden und „Zukunft zu denken“,

also die kirchliche Infrastruktur an zukünftige Entwicklungen und pastorale wie soziale Bedürfnisse anzupassen. Er erläuterte, die Zuweisungen an die Kirchengemeinden hätten zum jeweiligen Vorjahr um sechs bzw. vier Prozent (2013 bzw. 2014) gesteigert werden können. Er sei „froh, dass wir den Kirchengemeinden nach angespannten Jahren damit ein wenig Luft verschaffen können“. Positiv überrascht zeigte sich der Generalvikar, dem die Gesamtleitung der diözesanen Verwaltung obliegt, von der Spendenbereitschaft der Katholiken in Württemberg in 2011. Entgegen dem allgemeinen Trend sei bei den kirchlichen Sammlungen für Mission, Entwicklung und Caritas fast drei Prozent mehr gespendet worden als im Vorjahr, insgesamt 13,7 Millionen Euro. „Man könnte auch sagen: das christliche Verantwortungsbewusstsein zeichnet eine ungleich höhere Stabilität aus als die Konjunktur“, bemerkte Stropfel.

Finanzdirektor Dietmar Krauß erläuterte die an Sicherheit orientierte Anlagepolitik der Diözese, die ebenso zur Stabilität und Kontinuität der diözesanen Finanzpolitik beitrage wie der Aufbau von Rücklagen. Diese dienen „sowohl zur Abdeckung von Risiken als auch dem Erhalt zukünftiger Gestaltungsspielräume“. Für Investitionen in diözesane Gebäude sieht der Haushalt für die beiden kommenden Jahre jeweils knapp 13 Millionen Euro vor. Die Kirchengemeinden erhalten 2013 Zuschüsse in Höhe von 19 Millionen Euro, um Bau-, Instandhaltungs- und Brandschutzmaßnahmen ausführen zu können, deren Gesamtvolumen auf 56 Millionen Euro geschätzt wird. Krauß erklärte: „Die Instandhaltung von Gebäuden bleibt eine Herausforderung.“ Der Finanzausschussvorsitzende Werner Krahl mahnte an, zeitnah eine Immobilienstrategie für den kirchlichen Gebäudebestand in der Diözese Rottenburg-Stuttgart zu entwickeln.